

Katerstimmung

Anita Starosta

Vor der im Mai 2023 gelaufenen Wahl in der Türkei gehegte Hoffnungen auf eine Liberalisierung, auf Amnestien und auf ein Ende der Angriffe auf Südkurdistan wurden bitter enttäuscht.

Es waren wenige Wochen, in denen politische Exilant:innen die leise Hoffnung hegten, ihre Familie in der Türkei wieder besuchen zu können. Eine kurze Zeitspanne, in der vorsichtig ausgesprochen wurde, dass die Tausenden politischen Gefangenen eine Chance auf Freilassung haben und es wieder möglich sein könnte, sich ohne Repression für Frauenrechte und Minderheiten einzusetzen. Kurz schien es sogar vorstellbar, der Drohnenkrieg gegen Nordostsyrien könne enden und hunderttausend kurdische Flüchtlinge könnten in ein freies Afrin zurückkehren.

All diese Hoffnungen wurden gespeist durch die Parlaments- und Präsidentschaftswahl am 14. Mai in der Türkei. Die Voraussetzungen für einen politischen Wandel schienen infolge des Jahrhundert-erdbebens, des staatlichen Versagens bei der Nothilfe und der schlechten Wirtschaftslage günstig. Eine breite Opposition hatte sich auf den CHP-Vorsitzenden Kılıçdaroğlu als einzigen Präsidentschaftskandidaten geeinigt, bei Weitem kein Wunschkandidat aller. Doch der kurze Moment der Hoffnung ist großer Enttäuschung gewichen.

Bevölkerung hat mehrheitlich rechts gewählt

Zwar verfehlte Erdoğan beim ersten Wahlgang knapp die absolute Mehrheit. Doch schon am Abend des 14. Mai war klar geworden: Die türkische Bevölkerung hat mehrheitlich rechts gewählt. Sowohl das islamistisch-nationale wie auch das rechtsextreme Lager gingen deutlich gestärkt aus der Wahl hervor und dominieren weiterhin das Parlament. Es folgte ein zweiwöchiger Wahlkampf, in dem besonders Erdoğans Herausforderer Kılıçdaroğlu um die Wählerstimmen des rechten Ultranationalisten Sinan Oğan

Politik der Türkei nach der Wahl

buhlte und die rassistische Hetze gegen syrische Flüchtlinge auf die Spitze trieb.

Am Abend der Stichwahl setzte sich Erdoğan durch, auch eine große Mehrheit der im Ausland lebenden Türk:innen votierten für ihn. Seine Anhänger:innen feierten hier wie dort, selbst auf den Trümmern im Erdbebengebiet wurde gejubelt. Und damit bleibt alles beim Alten – oder wird noch schlimmer, wenn wir besonders auf die Situation der Kurd:innen in der Türkei und Nordsyrien blicken.

In Nordostsyrien, in dem Gebiet der autonomen Selbstverwaltung, war die Hoffnung auf einen politischen Wandel groß. Ohne Angst vor einem türkischen Drohnenangriff die Landstraße fahren oder ohne Wasserknappheit – verursacht durch die Regulierung der Türkei – den heißen Sommer überstehen. Die türkische Bedrohung ist eine permanente Belastung für die dortige Bevölkerung. Die Sehnsucht nach einem friedlichen Alltag ließ sie daher gebannt auf die andere Seite der Grenzmauer blicken.

Wieder mehr türkische Drohnenangriffe in Südwestkurdistan

Während im Nordwesten des Landes die islamistischen Rebellengruppen den Wahlsieg Erdoğans groß feierten, war die Stimmung in den kurdisch geprägten Gebieten nach dem Ausgang der Türkeiwahl also im Keller – alles geht weiter wie gehabt. Nur eine Woche nach der Wahl nahmen die Drohnenangriffe in der Region wieder zu und halten bis heute an – Militärs, Personal der Selbstverwaltung und unbeteiligte Zivilist:innen sind Ziel dieser Angriffe. So schwächt das türkische Militär die kurdische Selbstverwaltung empfindlich und

verbreitet unter Bevölkerung ein permanentes Bedrohungsszenario – leider sehr effektiv.

Die sich schon vor der Wahl andeutende Annäherung zwischen den beiden Machthabern Assad und Erdoğan wird sich nun weiter verstetigen, so ist zu vermuten. Ende April, also kurz vor der Wahl, kam es in Moskau zu dem zweiten des sogenannten „Vierer Treffens“. Die Verteidigungsminister beider Länder kamen unter Beteiligung von Russland und Iran zusammen, mit dem Ziel die Probleme im Kriegsgebiet durch Verhandlungen zu lösen. Dabei geht es um die Rückführung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei ebenso wie um die islamistische Rebellengebiete in Afrin und Idlib, die unter der Schutzmacht Türkei existieren. Bis jetzt ist jedoch keine Einigung in Sicht – die Bereitschaft der Türkei, die eigenen Truppen aus dem syrischen Staatsgebiet zurückzuziehen ist nicht vorhanden, für das Assadregime ist dies jedoch eine zentrale Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen.

Zerschlagung der autonomen Selbstverwaltung

Ein zentrales Ziel der Türkei wird in diesen Verhandlungen auch die Zerschlagung der autonomen Selbstverwaltung in Nordostsyrien sein. Bisher gibt es keine offiziellen Runden an denen die Vertreter:innen der Selbstverwaltung beteiligt werden oder anerkannter Verhandlungspartner sind. Sie sind auf die Gunst des Assadregimes angewiesen und werden Zugeständnisse machen müssen, wenn es soweit ist. Auch die Ankündigung der Selbstverwaltung, die inhaftierten (internationalen) IS Terroristen nun vor ein Tribunal zu führen, hat bisher nicht dazu geführt, dass internationale Akteure sie als Vertreter:innen des Gebietes, welches ein Drittel Syriens umfasst, ernst nehmen.

Die türkischen Angriffe auf die Selbstverwaltung und kurdische Strukturen nehmen aktuell extrem zu, in Nordsyrien und Irak kommt zur Zeit regelmäßig zu Tötungen durch türkische Drohnen. Dabei richten sich die Angriffe primär gegen militärisches Personal der syrisch-demokratischen Kräfte. Dennoch werden auch zivilgesellschaftliche und administrative Führungspersönlichkeiten gezielt getötet und Zivilist:innen regelmäßig zu Opfern der Angriffe. Ganz offensichtlich geht es darum, das Perso-

nal der Selbstverwaltung zu dezimieren und so die Strukturen gezielt zu schwächen. Bisher finden diese Drohnenangriffe ohne größere Konsequenz statt, zuletzt kritisierte der luxemburgische Außenminister Jean Asselburg öffentlich die Tötung dreier Frauen der Selbstverteidigungseinheiten und erinnerte an den gemeinsamen Kampf gegen den Islamischen Staat. Sonst ist die internationale Gemeinschaft sehr schweigsam und lässt die Türkei gewähren, auch weil es kaum völkerrechtliche Handhabung gegen die Drohneneinsätze gibt. Es handelt sich um eine Grauzone im internationalen Völkerrecht, besonders wenn es gegen völkerrechtlich nicht anerkannte Territorien, wie das Gebiet der autonomen Selbstverwaltung, geht.

Völkerrechtswidrige gewaltvolle Besetzung in Nordwestsyrien

Diese Haltung der internationalen Gemeinschaft lässt sich leider auch für die türkische Besetzung der Gebiete in Afrin und Serekaniye feststellen, die bspw. vom wissenschaftlichen Dienst der Bundesregierung, als völkerrechtswidrig eingestuft wurden. Zudem gibt es zahlreiche Dokumentationen von Enteignungen, Folter oder anderen Gewaltverbrechen, die in denen von islamistische Rebellengruppen und türkischen Söldnern kontrollierten Gebieten stattfinden. So lange in diesen Gebieten auch ganze Häuserblocks gebaut werden, um dort syrisch-arabische Geflüchtete aus der Türkei anzusiedeln, scheint diese unhaltbare Situation in den türkischen Gebieten für internationale Akteure verkraftbar zu sein. Eine Perspektive für hunderttausend kurdische Vertriebene aus diesen Gebieten gibt es nicht. In provisorischen Flüchtlingslagern warten sie ab und geben die Hoffnung auf Rückkehr nicht auf, obwohl die anhaltenden türkischen Aggressionen

Seit September nehmen zudem direkte Angriffe aus den türkisch kontrollierten Gebieten zu. So wird um die strategisch wichtige Stadt Minbic im Norden Syriens gekämpft, die zu dem von der autonomen Selbstverwaltung Rojava kontrollierten Gebiet gehört. 500 Familien sind bereits vertrieben worden. Der türkische Präsident Erdoğan hatte in der Vergangenheit immer wieder angekündigt, die Gebiete um Tel Rifat und Minbic einnehmen zu wollen, um die Gebiete westlich des Euphrat vollständig unter türkische Kontrolle zu bringen.

Die instabile Lage während der kritischen militärischen Auseinandersetzungen im kurdisch selbstverwalteten Osten des Landes bei Deir ez-Zor nutzten türkische Söldnergruppen aus den besetzten Gebieten, um Dörfer westlich der Stadt Manbic anzugreifen, unterstützt durch türkische Drohnenangriffe oder Autobomben. Bei diesen Angriffen sind bereits zahlreiche Zivilisten ums Leben gekommen. Die Angreifer werden dabei von radikal-islamischen Milizen aus Idlib und Afrin unterstützt. Auch wenn diese Angriffe bisher abgewehrt werden konnten, ist die Lage für die Bevölkerung und die Selbstverwaltung ernst. Hinzu kommt die Angst vor einem Erstarren des Islamischen Staates (IS).

Erdbeben, Dürre und internationales Desinteresse

Die Wasserregulierung durch die Türkei und die Dürre, verursacht durch den Klimawandel, hatten auch in diesem Sommer wieder lebensbedrohliche Folgen für hunderttausende Menschen in den Region Hasakeh. Hinzu kommt das wirtschaftliche Embargo und die ausbleibende internationale Unterstützung – selbst in Katastrophensituationen wie zuletzt beim Jahrhunderterdbeben. So bleiben die Aussichten für die Region düster und denjenigen überlassen, die in dieser Gemengelage an der demokratischen Alternative Rojava festhalten und sie zu gestalten versuchen.

In der Berichterstattung dominieren längst andere Kriegsschauplätze. Sollte es zu einer weiteren Eskalation in Nordsyrien kommen, würde dies die Flucht Zehntausender und den Verlust großer Gebiete für die autonome Selbstverwaltung bedeuten. Solidarität und Unterstützung sind mehr denn je gefragt. Dass Erdoğan wieder fest im Sattel sitzt, bedeutet für die Entwicklung der Region keine gute Perspektive – im Gegenteil. Verlierer werden am Ende die Kurd:innen sein, sollte es zu keiner unerwarteten Intervention seitens EU oder NATO kommen, die sich als machtpolitische Akteure in der Region durchaus aktiver einbringen könnten und an die Seite derjenigen stellen könnten, die eine demokratische Alternative darstellen.

Anita Starosta ist Referentin für Nordostsyrien, die Türkei und den Irak bei medico international, Frankfurt/M.